

Wir IN BERLIN

INFORMATIONEN DER THÜRINGER SPD-ABGEORDNETEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

SPD kämpft gegen Euro-Krise

Liebe Genossinnen und Genossen,

die europäische Finanzkrise überschattet sowohl alle anderen außenpolitischen Themen als auch die Innenpolitik. Als SPD haben wir verantwortungsvoll mit der Bundesregierung über den Fiskalpakt verhandelt. Unsere Zustimmung haben wir an entscheidende Bedingungen geknüpft und am Ende wesentliche Forderungen gegenüber CDU/CSU und FDP durchgesetzt. Wir haben die Bundesregierung dazu gebracht, einen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ auf EU-Ebene voranzutreiben. Außerdem haben wir erreicht, dass Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Staaten eine Finanztransaktionssteuer einführen wird. Wir können stolz darauf sein, Schwarz-Gelb diese weitreichenden Zugeständnisse abgerungen zu haben.



**SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag:
Carsten Schneider, Iris Gleicke und Steffen-Claudio Lemme**

Der Bundesregierung hat keine klare Linie. Sie wirkt ratlos, unterliegt Fehleinschätzungen, agiert zaghaft und ihr fehlt die – vor allem in Krisenzeiten wichtige – innere Geschlossenheit. Doch gerade jetzt ist Deutschlands Führungsrolle auf internationaler Ebene gefragt, damit sich die ernste Situation nicht weiter verschärft. Unsere Stellung als größte EU-Volkswirtschaft basiert ganz besonders auf dem erfolgreichen europäischen Einigungsprozess. Das alles setzt Schwarz-Gelb aufs Spiel. Innenpolitisch befriedigen CDU/CSU und FDP ihr jeweiliges Wählerklientel mit kostspieligen Geschenken wie dem Betreuungsgeld oder der privaten Pflegeversicherung. So halten sie sich bei Laune, anstatt wirkliche Strukturreformen einzuleiten.

Wir arbeiten weiter an unseren Konzepten etwa für eine solidarische Bürgerversicherung, ein gerechtes Steuersystem und eine bezahlbare Energiewende. Unser Ziel ist es, im kommenden Jahr wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Darauf bereiten wir uns kontinuierlich vor. Unser Anspruch ist es zu überzeugen – dann werden die Menschen ihre Hoffnung wieder in uns setzen und wir werden die notwendige Zustimmung bei der Bundestagswahl 2013 erhalten. Den Weg dahin wollen wir als SPD-Landesgruppe mit euch gemeinsam gehen und bei jeder Gelegenheit mit euch ins Gespräch kommen.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

IRIS GLEICKE

NSU-Untersuchung
und Netzausbau

SEITEN 2, 3

STEFFEN-CLAUDIO LEMME

Praxisgebühr und
Fachkräftekonzept

SEITEN 4, 5

CARSTEN SCHNEIDER

Fiskalpakt und
Betreuungsgeld

SEITEN 6, 7

WIR VOR ORT

Unsere
Wahlkreisbüros

SEITE 8



Iris Gleicke

ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Suhl sowie den Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Hildburghausen.

Iris ist Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecherin der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsabgeordneten. Sie gehört dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages an.

Außerhalb des Bundestages ist Iris u. a. stellv. Landesvorsitzende der Thüringer SPD, Beisitzerin im Vorstand des Thüringer Mieterbundes, Vorsitzende des Fördervereines Jugendzentrum Wiesenbauschule e. V. Schleusingen und Vorsitzende des ASB Suhl.

www.iris-gleicke.de

Rechter Terror ist Angriff auf uns alle

Als ich erstmals von den Verbrechen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hörte, war ich geschockt und fühlte mich, als würde mir der Boden unter den Füßen weggezogen. Für mich war selbstverständlich, dass ich im Untersuchungsausschuss mitwirke, auch weil ich mich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus engagiere. Inzwischen gibt es Untersuchungsausschüsse im Bundestag, in den Ländern Thüringen, Sachsen und Bayern, dazu Kommissionen sowie die Ermittlungen gegen die Beschuldigten der Terrorzelle – viel Anstrengung um Aufklärung.

Wir sind es den Opfern und ihren Angehörigen, aber auch uns selber schuldig, das Versagen der Behörden aufzuklären. Mittlerweile kommen Schlamperei und Borniertheit der Behörden immer mehr ans Licht. Etliche Führungskräfte aus Polizei und Justiz hatten vor dem Untersuchungsausschuss einen erbärmlichen Auftritt und fanden kaum Worte des Bedauerns. Ich verstehe nur schwer, warum Energien darauf verschwendet werden, Linkenpolitiker auszuspionieren, während alle Sicherheitsapparate unfähig waren, drei Neonazis aus Thüringen zu fassen, die zehn Jahre mordend und raubend durch Deutschland zogen.

Es ist bedauerlich, dass gerade der Chef des Bundesverfassungsschutzes zurückgetreten ist, der vor Rechts-extremen warnte und sich dagegen wehrte, als Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im Jahr 2006 die Abteilungen Rechts- und Linksterrorismus im Verfassungsschutz zusammenlegte. Dass Heinz Fromm die Verantwortung für sein Akten-schredderndes Haus übernimmt, verdient Respekt. Ungeheuerlich bleibt, dass ein Referatsleiter sieben Akten zur „Operation Rennsteig“ vernichtete. Deren Inhalt betraf eine konzertrierte Aktion des Bundesverfassungsschutzes, des Thüringer Verfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes, V-Leute aus dem Thüringer Heimatschutz anzuwerben – dort, wo auch das Terror-Trio aktiv



FOTO: DANIEL KRUGER

**Mitglieder im Untersuchungsausschuss:
Daniela Kolbe, Eva Högl, Iris Gleicke und Aydan Özoguz**

war. Wurden hier Akten vernichtet, die die laschen Ermittlungen verdeckten? Oder wusste jemand in der Behörde mehr über die Umtriebe des Terror-Trios?

Nach den bisherigen Zeugenvernehmungen ist klar, dass der Thüringer Verfassungsschutz entscheidend zur Lösung der Verbrechenserie hätte beitragen können. Wenn die Behörden sich untereinander derart behindern, müssen wir die Strukturen verändern: Das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus und die zentrale Neonazi-Datei sind erste Schritte. Bisher lässt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich jedoch alle im Unklaren darüber, welche Veränderungen er infolge des Skandals plant.

Der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeit fortsetzen. Sicherlich werden weitere Fehler offengelegt. Es gilt, die daraus notwendigen Reformen konsequent umzusetzen.

Umlage der Netzentgelte gefordert

In den ostdeutschen Ländern wird die Umsetzung der „Energiewende“ zur entscheidenden Standortfrage in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Ausbau der dezentralen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Ostdeutschland produziert schon jetzt mehr Strom, als es verbraucht. Es gilt, die Überproduktion zu den Verbrauchern in die bevölkerungsreichen südwestdeutschen Ballungsgebiete zu transportieren. Um- und Ausbau der dafür notwendigen „Stromautobahnen“ sind eine Herkulesaufgabe. Der Osten Deutschlands läuft dabei Gefahr, einseitig belastet zu werden. Denn die Um- und Ausbaukosten werden über Netznutzungsentgelte momentan nur auf die regionalen Strompreise umgelegt. Deshalb sind diese Entgelte im Osten inzwischen deutlich höher als im Westen, bei Industrie- und Gewerbekunden z. B. um rund 45 Prozent. Energiemehrkosten von bis zu 100.000 Euro im Jahr schon bei kleineren Unternehmen sind die Folge.

Das darf so nicht bleiben, weil es ein echter Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen ist. Darum fordern wir ostdeutsche SPD-Abgeordnete, dass die Um- und Ausbaukosten für die Stromverteilnetze durch eine bundesweite Umlage der Netznutzungsentgelte von allen Regionen gemeinsam getragen werden. Die Bundesregierung hat hier entweder bisher geschlafen oder will

ganz offensichtlich die Kosten der Energiewende auf den Osten abwälzen. Das nehmen wir nicht hin!

Forderungskatalog der Landesgruppe Ost unter:
<http://www.iris-gleicke.de/downloads>



FOTO: PHOTOCASE.COM/DYE

Schutz von Mensch und Natur geht vor

„Fracking“, das unkonventionelle Fördern von Erdgas, wird nicht nur bundespolitisch, sondern auch in Thüringen und anderen Bundesländern hochkontrovers diskutiert. Bis vor kurzem hat das Bundesumweltministerium dieses Thema überhaupt nicht interessiert, und jetzt wird es verharmlost. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fürchten sich aber vor Schäden für Mensch und Umwelt, da die Risiken dieser Technologie bisher noch nicht endgültig geklärt sind.

Es ist jetzt wichtig, auf Bundes- und Landesebene die Risiken zu erkennen und entsprechende Gesetze zu verabschieden, um den Umweltschutz auszubauen und gleichzeitig die Menschen vor unkontrollierbaren Auswirkungen des „Fracking“ zu schützen. Niemand soll sich in Deutschland um das Trinkwasser sorgen. Bizarre Folgen, wie entzündbares Trinkwasser, sind indiskutabel. „Fracking“ ist mittlerweile zu einem Sinnbild

für das Versagen bei der verkorksten Energiewende von Schwarz-Gelb geworden. Im Juni 2011 wurde der Bundesratsantrag aus Nordrhein-Westfalen von CDU/CSU und FDP abgelehnt, im November 2011 gab es eine Anhörung im Bundestag, bei der Experten vor unkalkulierbaren Risiken warnten, im Februar und März 2012 folgten Anträge der SPD im Umweltausschuss, die ebenfalls abgelehnt wurden.

Ich freue mich besonders, dass sich Bürger auch bei uns in Thüringen gegen „Fracking“ engagieren. Im Wartburgkreis wehrt sich Lutz Kromke bereits seit dem vergangenen Jahr dagegen und brachte beim SPD-Bundesparteitag Ende 2011 einen Antrag dazu ein. Im Moment hat Nordrhein-Westfalen z. B. alle Förderanträge gestoppt, bis ein Gutachten über mögliche Umweltrisiken vorliegt. Die Botschaft hier ist die richtige: Kein „Fracking“, solange die Risiken nicht geklärt sind!



Steffen-Claudio Lemme

ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus den Landkreisen Kyffhäuser, Sömmerda und Weimarer Land.

Steffen ist stellv. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist ordentliches Mitglied im Gesundheitsausschuss und im Petitionsausschuss. Außerhalb des Bundestages arbeitet Steffen als Gewerkschaftssekretär und ist Versichertenvertreter im Verwaltungsrat der AOK PLUS. Darüber hinaus ist er stellv. Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Thüringen und Mitglied im Bundesvorstand der Volkssolidarität e. V.

www.steffen-lemme.de

Praxisgebühr ist überholt

Die Praxisgebühr ist als Steuerungselement in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) überholt. Das bestätigen alle wissenschaftlichen Studien. Ihre Steuerungswirkung bleibt klar hinter den Erwartungen zurück. Darüber hinaus hat sie nicht zu einer nachhaltigen sowie nennenswerten Entlastung der Finanzierungsbasis in der GKV beigetragen.

Ziel der 10-Euro-Abgabe war es, den selbständigen Gang von Patientinnen und Patienten zum Facharzt einzudämmen. Es sollte vorher grundsätzlich der Hausarzt konsultiert werden, der über die Notwendigkeit einer möglicherweise kostspieligen fachärztlichen Untersuchung entscheiden kann. Denn dem Hausarzt kommt in der medizinischen Grundversorgung eine besondere Funktion zu. Nur er kennt seine Patientinnen und Patienten näher und nur er vermag die für den Betroffenen beste Diagnostik und Behandlung anzuordnen. Dies spart auch erhebliche Kosten im System, was wiederum allen Mitgliedern der Solidargemeinschaft zu Gute kommt. Deshalb haben wir uns bei Einführung der Gebühr nur für eine Abgabe beim Facharzt ohne vorherige Überweisung des Hausarztes ausgesprochen, um nicht notwendige Arztbesuche und soziale Verwerfungen zu vermeiden. Allerdings war das im Jahr 2004 mit der Union im Bundesrat nicht durchzusetzen.

Die Konjunktur brummt und das Beschäftigungsniveau in Deutschland war noch nie so hoch wie heute. Dies ist nicht zuletzt ein Verdienst rot-grüner Regierungsjahre. Vor diesem Hintergrund stehen auch die Krankenkassen finanziell hervorragend da. Die Rücklagen in der GKV belaufen sich mittlerweile auf ca. 19,5 Milliarden Euro. Zehn Milliarden Euro davon liegen bei den Kassen und 9,5 Milliarden Euro im Gesundheitsfonds. Das klingt zunächst nach viel Geld. Dennoch ließen sich die Versicherten mit diesem Volumen nur für knapp einen Monat versorgen. Es muss also verantwortungsvoll mit diesen Mitteln umgegangen werden. Ins-



**Plenardebatte zur Praxisgebühr:
Steffen-Claudio Lemme und Karl Lauterbach**

besondere vor dem Hintergrund, dass sich die Konjunktur auch schnell wieder eintrüben kann. Und schon würde sich die Finanzsituation in der GKV ganz anders darstellen.

Wir Sozialdemokraten sind dennoch der Auffassung, dass die Versicherten an der positiven Entwicklung teilhaben müssen. Die polemischen Forderungen des Bundesgesundheitsministers Daniel Bahr, die Kassen mögen Finanzmittel an die Versicherten ausschütten, lehnen wir ab. Die Versicherten brauchen keine mickrigen Beitragsrückerstattungen, sondern müssen sich auf eine gute Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau verlassen können. Nur echte Strukturmaßnahmen, wie die von uns vorgeschlagene Abschaffung der Praxisgebühr, tragen daher zu einer echten und vernünftigen Entlastung der Patientinnen und Patienten bei.

Transplantationsgesetz ist Meilenstein

Die neue Regelung zur Organspende ist nichts weniger als ein Meilenstein für die rund 12.000 Menschen in Deutschland, die auf ein Spenderorgan warten. Allein 8.000 von ihnen benötigen dringend eine neue Niere. Viele Patientinnen und Patienten können nun hoffen, schneller eine lebensrettende Operation zu erhalten.

Außerdem ist das reformierte Transplantationsgesetz von großer gesellschaftspolitischer Tragweite. Es sieht vor, dass jede Bürgerin und jeder Bürger künftig regelmäßig von der zuständigen Krankenkasse zur Organspendebereitschaft befragt wird. Das bedeutet, dass wir uns alle aktiv und verantwortungsvoll mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Nicht einmal jeder Fünfte hat einen Organspendeausweis, obwohl rund 75 Prozent der Bevölkerung zur Organspende bereit sind. Durch die neue Rechtslage wird es künftig mehr Spender geben. Ich habe mich bereits entschieden und besitze einen Organspendeausweis.



FOTO: MARCO LUREAN

Nicht nur die Neureglung ist ein großer Erfolg, sondern auch die Art und Weise ihres Zustandekommens. Wir Parlamentarier haben hier einmal mehr über Fraktionsgrenzen hinaus zusammengearbeitet. Am Ende erhielt das neue Transplantationsgesetz eine überwältigende Mehrheit im Parlament. Es ist damit auch Ausdruck unserer gemeinsamen politischen Kultur und ein erneuter Beweis für das Funktionieren unserer parlamentarischen Demokratie.

Fachkräftesicherung als Zukunftsaufgabe

Der demografische Wandel wird die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt langfristig verändern. Gerade für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands ist die Fachkräftesicherung eine der größten Herausforderungen. Mit einer klugen Politik jedoch können aus dem steigenden Fachkräftebedarf künftig Aufstiegsmöglichkeiten für viele werden. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die diese demografische Chance ungenutzt lässt, wollen wir den Wandel von Arbeit und Bevölkerung schon jetzt gestalten.

Als SPD arbeiten wir an einem Fachkräftesicherungskonzept, das alle relevanten Politikfelder einbezieht und insbesondere vorhandene Fachkräftepotentiale ausschöpfen will. Neben Hochqualifizierten werden in Zukunft zunehmend Menschen mit mittlerer Qualifikation drin-

gend gebraucht, beispielsweise im Handwerk, in der Pflege- und Gesundheitsbranche sowie im Erzieherberuf.

Um die paradoxe Entwicklung – Fachkräftemangel einerseits und sich verhärtende Langzeitarbeitslosigkeit sowie unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen andererseits – zu stoppen und gegenzusteuern, müssen Menschen besser qualifiziert und bezahlt werden. Wenn wir gut ausgebildete Fachkräfte im Land halten wollen, müssen die Löhne und Gehälter in den nächsten Jahren deutlich steigen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt werden. Nur wenn Politik, Sozialpartner und Unternehmen zum Beispiel in einem Fachkräfterrat auf Bundesebene eng zusammenarbeiten, werden wir langfristig genügend Fachkräfte in Deutschland haben.



Carsten Schneider

ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Erfurt, Weimar und dem Grammetal in Berlin.

Carsten ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der SPD-Landesgruppe Thüringen. Außerdem ist er ordentliches Mitglied im Gremium zur Kontrolle des Sonderfonds zur Bankenrettung und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Außerhalb des Bundestages ist Carsten u. a. Vorsitzender von Erfurt rennt e. V. und sitzt im Kuratorium der Aktion Gemeinsinn e. V.

www.carsten-schneider.de

SPD setzt „Zockersteuer“ durch

Im Kampf gegen die Krise in der Euro-Zone und gegen die unkontrolliert steigende Staatsverschuldung in einigen Ländern haben wir dem Fiskalvertrag im Bundestag zugestimmt. Unsere Zustimmung hatten wir jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die Bundesregierung auf europäischer Ebene einen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ vorantreibt, der in wesentlichen Punkten unsere Forderungen enthält.

Ein großer Erfolg der SPD ist, dass die Finanztransaktionssteuer endlich kommt. CDU/CSU und FDP haben ihre Blockade gegen eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte aufgegeben. Es ist längst überfällig, die Verursacher der Krise an den Kosten ihrer Überwindung zu beteiligen. Nun wollen zumindest neun gleichgesinnte Länder in Europa eine Steuer auf Finanztransaktionen einführen. Natürlich würden wir uns eine Einigung aller EU-Staaten wünschen, um den Märkten noch klarer zu signalisieren, dass sie jetzt zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir haben immer davor gewarnt, dass Kredite und Sparprogramme allein nicht reichen, um verschuldeten Staaten zu helfen. Vielmehr müssen Investitionen die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen ergänzen, damit die Wirtschaft nicht zusammenbricht. Denn ohne eine starke wirtschaftliche Basis läuft jede Schuldenbremse ins Leere. Entscheidend für unsere Zustimmung zum Fiskalvertrag war deshalb der Wachstumspakt. Er sieht etwa vor, das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank um 10 Milliarden Euro zu erhöhen. Außerdem soll es ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit geben, die in einigen Euro-Ländern fast die Hälfte aller jungen Menschen betrifft.

Außer dem Fiskalvertrag, der die Staaten zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichtet, haben wir auch dem dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) zugestimmt – nicht allerdings den Ergebnissen



Carsten Schneider bei einem Vortrag zur Zukunft der Finanzmärkte

des Europäischen Rates, der unmittelbar vorher stattgefunden hatte. Dort hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zugesagt, dass in Not geratene Banken künftig direkt mit Geld aus dem ESM rekapitalisiert werden sollen. Auf meine Initiative hin hatte der Haushaltsausschuss vor der Abstimmung über den ESM das Gegenteil beschlossen. Diese Gesetzeslage ist jetzt bindend und ein Stoppzeichen für Frau Merkels Pläne.

Wir lehnen strikt ab, dass Kreditinstitute sich direkt aus dem Rettungsschirm und vor allem ohne Auflagen finanzieren können. Sonst droht der Staatenrettungsfonds zum Bankenrettungsfonds zu werden. Das wäre angesichts der jetzigen europäischen Finanzarchitektur verantwortungslos. Die Europäische Zentralbank eignet sich aus meiner Sicht nicht als Aufsichtsinstanz, weil sie eigene Interessen verfolgt und keiner Kontrolle unterworfen ist. Deshalb ist für mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorstellbar, dass wir Sozialdemokraten einem bedingungslosen Rettungsschirm für Banken zustimmen könnten.

„Aufbau Ost“ braucht Neuausrichtung

Auch im Jahr 2025 werden die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland laut der aktuellen FES-Studie *Ostdeutschland 2020 – Die Zukunft des „Aufbau Ost“* noch nicht angeglichen sein. Wann es soweit sein wird, lässt sich nicht seriös vorhersagen. Doch welche Maßnahmen sind notwendig, um dem Angleichungsprozess neuen Schwung zu geben?

Allen voran müssen die Löhne im Osten in den kommenden Jahren deutlich steigen. Denn dauerhaft niedrigere Einkommen führen zur Flucht junger Menschen. Viele wandern in den Westen ab, weil sie dort für die gleiche Arbeit mehr verdienen. Nicht zuletzt um den spürbaren Schwund an Fachkräften entgegenzuwirken, muss der Osten den Menschen attraktive Lebens- und Arbeitsperspektiven bieten – und dazu gehören höhere Löhne.

Ostdeutsche Unternehmen müssen auf lange Sicht innovativer werden. Dabei kann sie der Bund unterstützen, indem er verstärkt Großforschungseinrichtungen im Osten ansiedelt. Bisher bevorzugt die schwarz-gelbe

Bundesregierung mit ihrer Ansiedlungspolitik den Süden Deutschlands. Von übergeordneter Bedeutung ist, das Kooperationsverbot abzuschaffen, damit der Bund in Bildung investieren kann.

Ein weiterer Aspekt ist der kulturelle Reichtum des Ostens mit seinen Schlössern, Parkanlagen, Museen und vielem mehr. Bereits jetzt ist absehbar, dass die ostdeutschen Länder ihr kulturelles Erbe nicht dauerhaft angemessen finanzieren und bewahren können. Deshalb muss der Bund mehr Verantwortung übernehmen und sich etwa bei der Stiftung Weimarer Klassik stärker finanziell engagieren.

Langfristig ist entscheidend, dass die ostdeutschen Kommunen ihre Aufgaben finanzieren können. Der noch bis zum Jahr 2019 geltende Länderfinanzausgleich benachteiligt den Osten, weil er die durchschnittlich stärkere Finanzkraft der westdeutschen Kommunen nur zu zwei Dritteln anrechnet. Der künftige solidarische Länderfinanzausgleich muss die Einnahmekraft der Städte und Gemeinden in voller Höhe berücksichtigen.

Kitas statt Betreuungsgeld

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt das Betreuungsgeld ab. Auch die Bildungsgewerkschaft GEW und Verbände wie die AWO kritisieren es. Sogar Teile ihrer eigenen Partei sind dagegen. Aber Bundeskanzlerin Angela Merkel will die umstrittene Geldprämie einführen. Damit hofft sie, vor allem CSU-Chef Horst Seehofer ruhig zu stellen, der bereits offen mit dem Bruch der Koalition im Bund droht.

Fest steht: Das geplante Betreuungsgeld ist Unsinn, weil es Kinder von guter Bildung und qualifizierter Betreuung in der Kita fernhalten wird. Außerdem schadet es Müttern, die lange aus ihrem Beruf aussteigen und so Qualifikationen und Anschluss im Job verlieren. Und das Betreuungsgeld ist reine Geldverschwendung: Bis zu 2 Milliarden Euro wird es jährlich kosten – Geld, das für zusätzliche Kita-Plätze sowie die



Qualifizierung und bessere Bezahlung der Erzieherinnen dringend gebraucht wird und besser darin investiert werden sollte.

Wenn die Bundesregierung den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen durchbrechen will, darf sie das Betreuungsgeld nicht einführen. Nicht zuletzt ist es kontraproduktiv, weitere Milliarden in zusätzliche Betreuungsplätze zu investieren und dann eine Prämie zu zahlen, damit Eltern diese Plätze nicht in Anspruch nehmen.

Noch gibt es bei weitem nicht genügend Kitas in Deutschland, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Unter-drei-Jährige ab August 2013 einzulösen.

Deshalb kämpfen wir Sozialdemokraten weiter für den bedarfsgerechten Ausbau des Angebots und gegen das Betreuungsgeld.

Wir vor Ort – Unsere Wahlkreisbüros

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Wahlkreisbüros sind eure Ansprechpartner. Bei Terminanfragen, bei Einladungen in eure Ortsvereine und Kreisvorstände, zu Diskussionsrunden oder zu Feierlichkeiten und bei vielem mehr könnt ihr euch immer an

sie wenden. Für eure politische Arbeit vor Ort erhaltet ihr von ihnen auch Informationen aus der SPD-Bundestagsfraktion. Außerdem seid ihr herzlich eingeladen, uns in Berlin zu besuchen. Über unsere Büros könnt ihr euch gern für eine Besucherfahrt anmelden.

Eure Iris, Euer Steffen und Euer Carsten

Iris Gleicke

Wahlkreis:

Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen

Betreuungswahlkreise:

Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis II, Gotha – Ilmkreis und Kreis Sonneberg

Büro Suhl (Heidrun Sachse):

Würzburger Str. 3, 98529 Suhl

Telefon: (03681) 30 38 59

Telefax: (03681) 30 37 24

E-Mail: iris.gleicke@wk.bundestag.de

Büro Schmalkalden (Dieter Schmidtke):

Weidebrunner Gasse 8, 98574 Schmalkalden

Telefon: (03683) 46 78 30

Telefax: (03683) 46 78 29

E-Mail: iris.gleicke@wk2.bundestag.de

Steffen-Claudio Lemme

Wahlkreis:

Kyffhäuserkreis – Sömmerda – Weimarer Land I

Betreuungswahlkreise:

Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I, Kreis Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis

Büro Sömmerda (Heike Hopfe-Arnold):

Weißenseer Str. 27, 99610 Sömmerda

Telefon: (03634) 31 71 61

Telefax: (03634) 31 71 63

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk.bundestag.de

Büro Sondershausen (Steffen Sauerbier):

Ferdinand-Schlufte-Str. 23-25, 99706 Sondershausen

Telefon: (03632) 54 28 99

Telefax: (03632) 54 28 39

E-Mail: steffen-claudio.lemme@wk2.bundestag.de

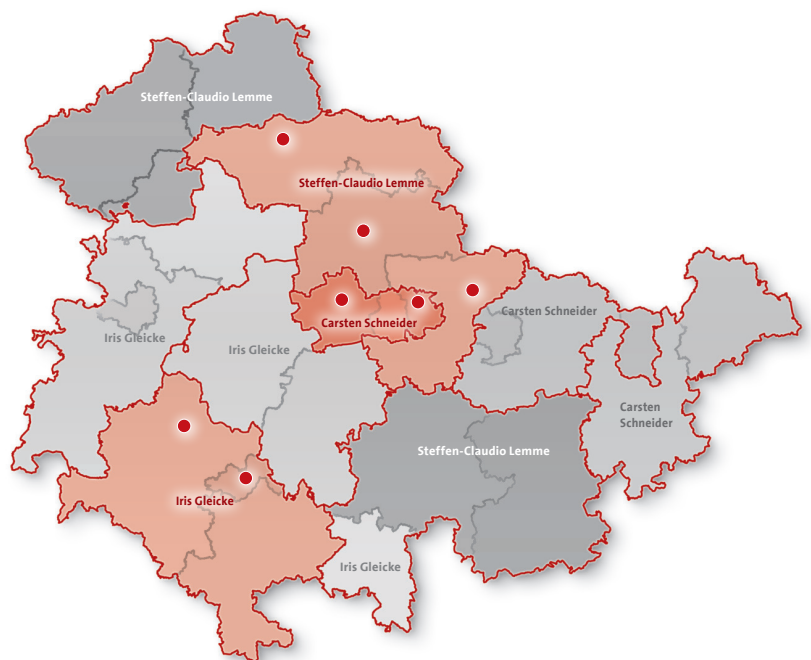
Büro Apolda (Jenny Füsting, Daniel Gross):

Goerdeler Straße 14, 99510 Apolda

Telefon: (03644) 51 44 35

Telefax: (03644) 51 44 37

E-Mail: steffen-claudio.lemme.wk05@wk.bundestag.de



Carsten Schneider

Wahlkreis:

Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Betreuungswahlkreise:

Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis und Greiz – Altenburger Land

Büro Erfurt (Brita Schweitzberger, Frank Schönemann):

Andreasstr. 25a, 99084 Erfurt

Telefon: (0361) 2 66 68 15

Telefax: (0361) 5 66 07 95

E-Mail: carsten.schneider@wk.bundestag.de

Büro Weimar (Sven Steinbrück):

Goetheplatz 9b, 99423 Weimar

Telefon: (03643) 7 73 70 00

Telefax: (03643) 7 73 70 01

E-Mail: carsten.schneider@wk2.bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Iris Gleicke, Steffen-Claudio Lemme, Carsten Schneider
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck: SPD-Bundestagsfraktion; Redaktionsschluss: 30. Juni 2012